

RECHTSEXTREMISMUS

Netzwerk von Neonazis

Oberösterreichische Exekutivbeamte zerschlugen im Oktober und November zwei rechtsextremistische Jugendgruppen. Ihren Mitgliedern werden über 1.000 Straftaten zur Last gelegt.

Die Erhebungen gegen die jugendlichen Neonazis im Bezirk Freistadt begannen im Frühsommer 1998. Die Rechtsextremisten hatten eine Reihe von Gewalttaten verübt. Bis März 1999 gab es Strafanzeigen gegen zwölf Personen: über 100 Tatbestände nach dem Verbotsgesetz, über 150 Körperverletzungen sowie andere Delikte. Im Oktober 1999 verhängte das Landesgericht Linz gegen die Angeklagten Freiheitsstrafen zwischen sechs Monaten und dreieinhalb Jahren.

Soko "Eva"

Zur Aufklärung weiterer Straftaten richtete die Sicherheitsdirektion Oberösterreich im August 1999 die Soko "Eva" ein, geleitet von Hauptmann Andreas Pilsl vom Bezirksgendarmeriekommando Perg. Mit acht Beamten des Bezirks Freistadt und fünf Soko-erfahrenen Beamten des Bezirks Perg wurde weiter ermittelt und observiert. Die Beamten ermittelten rechtsextremistische Gruppen in Perg, Enns, Linz, Wels und Amstetten. Die Gruppen bezogen über Deutschland, die Schweiz, USA und Großbritannien Hunderte CD's mit rechtsradikalem Inhalt und verbreiteten sie weiter. Die Extremisten besaßen NS-Devotionalien und Propagandamaterial.

Vom 12. bis 17. Oktober 1999 gab es koordinierte Einsätze durch die Soko-Mitglieder, Beamte der Sicherheitsdirektion und der Gendarmerie Oberösterreich sowie der Sondereinsatzgruppe. Bei 46 Hausdurchsuchungen wurden etwa 800 CDs mit rechtsradikalem Inhalt sichergestellt sowie 20 Gewehre, mehrere Gaspistolen, eine Faustfeuerwaffe, Hakenkreuzfahnen, andere NS-Gegenstände und Propagandamaterial. Acht Personen wurden festgenommen.

Das Internet diente den Extremisten als wichtiges Kommunikationsmittel. Einige der Festgenommenen gaben zu, den "Anschluss an Deutschland" angestrebt zu haben. Die "Arisierung" sei eines ihrer Ziele, die "Reinheit der deutschen Rasse oberstes Gebot", das die Extremisten auch mit Waffengewalt durchzusetzen bereit waren. Zwei Verdächtige wollten in Tschechien einen Bauernhof mieten, als Zufluchtsstätte für Rechtsextreme. Von dort aus hätten sie Überfälle auf österreichische Kasernen geplant, um Waffen zu erbeuten.

In einer "Zeckendatei" sammelten die Rechtsextremisten Fotos von linksorientierten Personen, damit sie "nach der Machtübernahme mit ihnen abfahren" könnten. "Die Einrichtung der Konzentrationslager und die Internierung von politischen Gegnern des damaligen Regimes finde ich in Ordnung und notwendig für die innere Sicherheit", gab einer der Verdächtigen zu Protokoll. Insgesamt ermittelten die Kriminalisten mehr als 1.000 Straftaten, darunter Körperverletzungen, Vandalenakte und Einbrüche.

Dieser Erfolg sei durch die gute Zusammenarbeit von Beamten der Sicherheitsdirektion und der Gendarmerie möglich gewesen, betont Dr. Herwig Haidinger, Leiter der

Staatspolizeilichen Abteilung der Sicherheitsdirektion Oberösterreich. "Unsere Strategie war es, engagierte Gendarmeriebeamte in den Bezirken in die Staatsschutzarbeit einzubeziehen. Die Beamten haben sehr gute Personen- und Ortskenntnisse, das war von unschätzbarem Wert", erläutert Haidinger.

Im November 1999 hob die Exekutive im Bezirk Braunau eine weitere rechtsextremistische Jugendbande aus. Etwa 60 Beamte des Bezirksgendarmeriekommandos Braunau und Staatsschutzbeamte der Sicherheitsdirektion durchsuchten am 13. November 16 Gebäude. 17 Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren wurden wegen Verdachts von Straftaten nach dem Verbotsgesetz angezeigt. Es sei "in Ordnung, dass man die Juden im Dritten Reich in die Konzentrationslager gesteckt und vergast" habe, gaben einige der Jugendlichen bei den Einvernahmen an.

Auf die Spur der Neonazi-Gruppe war die Exekutive bei einer Kontrolle Anfang Oktober am Grenzübergang Wulowitz gekommen: Damals wurden bei zwei Burschen Internetausdrucke mit Hakenkreuzen und SS-Runen gefunden. Die Jugendlichen gaben an, einer Gruppe anzugehören, die ausländerfeindlich sei und sich mit der Nazi-Ideologie beschäftige. Im Oktober überfielen neun der Angezeigten vor einem Lokal im Bezirk eine Gruppe türkischer Jugendlicher. Ein Skinhead gestand, er haben einen Türken "mit dem Stahlkappenstiefel in den Bauch getreten" und einem anderen "noch eine mit der Faust mitgegeben".

H.H./A.P./W.S.

Gefährliche Skinhead-Szene

Nach der Verhaftung führender Rechtsextremisten zu Beginn der neunziger Jahre hat sich die Szene zurückgezogen auf Kleingruppen und Zellen mit verstärkter Untergrundtätigkeit. In jüngster Zeit haben sich in einigen Bundesländern wieder rechtsextreme Gruppen gebildet mit intensiven Verbindungen zu Gesinnungsgenossen im Ausland – vor allem nach Deutschland.

Ihre Angehörigen heißen mehr oder weniger offen die NZ-Zeit gut, verbreiten Fremdenhass und agieren rassistisch.

Bekannte österreichische Rechtsextremisten sind Mitglieder der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) oder stehen ihr nahe. Für die NPD existiert Österreich als eigener Staat nicht, die "Ostmark" ist Bestandteil des "Deutschen Reiches", wie es bei einem Parteitag der NPD am 10. Oktober 1999 ausgedrückt wurde.

Rechtsextremisten nutzen das Internet als willkommene Plattform, um ihre Ziele und Ideen zu propagieren. Polizeiliches Einschreiten hat seine Grenzen: Erstens ist es oft äußerst schwierig bis unmöglich, die Urheber rechtsextremistischer Inhalte im Internet auszuforschen. Zweitens ist nationalsozialistische Wiederbetätigung in anderen Staaten nicht verboten; nur in Österreich und Deutschland gibt es wirksame Verbotsgesetze.

Einige rechtstendenziöse Parteien, Vereine sowie verschiedene Vorfeldorganisationen werden von den Staatsschutzbehörden in Österreich im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes beobachtet. Rechtsextremisten stellen zwar keine unmittelbare Gefahr für die Demokratie dar, es sind aber vermehrt Gewalttaten vor allem von rechtsextremistischen Jugendlichen zu erwarten.

Nach Erkenntnissen des Innenministeriums hat sich die Gewaltbereitschaft rechtsextremer Jugendlicher bedenklich erhöht – insbesondere in der Skinhead-Szene. Ihr Gefährdungsgrad wird von den Staatsschutzbehörden als "sehr hoch" betrachtet. Skinheads haben Kontakte ins Ausland, sind aber nur in wenigen Fällen in neonazistische Gruppen eingebunden. Bei Einvernahmen bekennen sich zwar viele Jugendliche zum Nationalsozialismus und wenden sich "gegen alles Fremde", die Mehrheit hat aber nur verschwommene ideologische Vorstellungen.

Feindbild Nummer eins für die Skinheads sind "die Ausländer". Einige Skinhead-Gruppen waren jahrelang gewalttätig – viele Opfer erstatteten aus Angst vor Repressalien keine Anzeige.

In den vergangenen Jahren verübten Skinheads eine Reihe von Gewalttaten wie Körperverletzungen, Brandanschläge und Sachbeschädigungen bis hin zum Mordversuch. 1997 kam bei einem Brandanschlag in einem von türkischen und mazedonischen Staatsangehörigen bewohnten Haus ein Mann ums Leben, elf Bewohner wurden verletzt.

Wie in Deutschland hat sich in Österreich eine rechtsextremistische Musikszene gebildet. Die Skinheads kaufen CD's und Musikkassetten mit rechtsextremistischen Texten im Ausland, kopieren sie und verbreiten sie. Bei Veranstaltungen treten einschlägige Musikgruppen auf, die Lieder mit rechtsextremistischen, rassistischen oder fremdenfeindlichen Texten spielen. Diese Konzerte sind zu den wichtigsten Treffen von Gleichgesinnten aus verschiedenen Ländern geworden.

Die Staatsschutzbehörden wollen die Skinheadszenen verstärkt beobachten sowie Exekutive und Bevölkerung sensibilisieren. Die Jugendarbeit wird verstärkt. Rechtsextremistische Propaganda im Internet wird mehr Augenmerk geschenkt; die Internet-Beobachtungsstelle wird intensiver betreut.

W.S./M.S.